

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Ereignisse dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. In dieser Woche möchte ich Sie über das AKW-Moratorium, den Ausbau der Rheintalbahn, das Wehrrechtsänderungsgesetz und den Bundesfreiwilligendienst sowie über die aktuelle Lage in Libyen informieren. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. AKW-Moratorium
2. Ausbau Rheintalbahn
3. Lage in Libyen
4. Wehrrechtsänderungsgesetz und Bundesfreiwilligendienst
5. Relevantes für Mannheim und die Region



1. AKW-Moratorium

Vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse in Japan ist es geboten, die Sicherheit unserer Kernkraftwerke einer erneuten kritischen Überprüfung zu unterziehen. Zwar liegt Deutschland nicht in einer klassischen Erdbeben- und Tsunamiregion, dennoch betrachten wir die Lage in Japan mit größter Sorge. Bei einer Technologie wie der Kernkraft muss die Sicherheit oberste Priorität haben. Es gilt deshalb mit Blick auf die Kraftwerke in Deutschland, genau zu überprüfen, was wir aus den Erfahrungen in Japan lernen können. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung per Moratorium die Laufzeitverlängerung vorerst für drei Monate ausgesetzt. In dieser Zeit bleiben ältere Kraftwerke abgeschaltet. Dazu gehören Biblis A und B, Neckarwestheim I, Brunsbüttel, Isar I, Unterweser, Philippsburg I und das bereits vom Netz genommene Kernkraftwerk Krümmel. Wie bereits im Koalitionsvertrag festgelegt, darf Kernkraft lediglich eine Brückentechnologie sein. In unserem Energiekonzept machen wir deutlich, dass die Atomkraft ein Auslaufmodell ist und der Ausbau der regenerativen Energien deutlich vorangetrieben werden muss. Bis wir jedoch in der Lage sind, den Strom komplett aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen, bedarf es traditioneller Energiequellen, um eine sichere, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung am Industriestandort Deutschland zu gewährleisten. Die beispiellosen Ereignisse in Japan verdeutlichen dennoch auf tragische Weise, dass wir nach Wegen suchen müssen, den Ausbau regenerativer Energien weiter zu beschleunigen.

2. Ausbau der Rheintalbahn

Vergangene Woche debattierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages über den seit vielen Jahren umstrittenen Ausbau der Rheintalbahn. Differenzen bestehen u.a. bei der Frage der Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen und beim Termin für die allseits unterstützte Abschaffung des Schienenbonus, der die Bahn beim Lärmschutz entlastet. Im Laufe der Debatte zeigte sich dennoch, dass das Vorhaben, einen besseren Lärmschutz für den Ausbau der Rheintalbahn **zwischen Karlsruhe und Basel** von zwei auf vier Schienentrassen zu gewährleisten, in den Regierungs- und Oppositionsfraktionen im Kern unstrittig ist.

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP beschlossen, bei Enthaltung der Opposition, einen Antrag (17/4861), der sich für einen anwohnerfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn ausspricht. Der Antrag enthält die Aufforderung an die Bundesregierung, die Planung hinsichtlich der Trassenführung und des Lärmschutzes im Sinne der Menschen spürbar zu verbessern. Darüber hinaus sollen in einem Modellprojekt weitere technische Innovationen für den Lärmschutz an der Rheintalbahn geprüft und die Umsetzung der Ergebnisse des Projektbeirates unterstützt werden. Der Antrag setzt sich darüber hinaus auch dafür ein, den Schienenbonus, der die Bahn bisher bei Lärmschutzmaßnahmen finanziell entlastet hat, schrittweise abzuschaffen. Die gesetzlichen Voraussetzungen für neue Planungen sollen ab 2012 vorgelegt werden. Die **baden-württembergische Verkehrsministerin Tanja Gönner betonte in dieser Debatte nochmals die Wichtigkeit der** viergleisigen Erweiterung der Rheintalbahn als einer der wichtigsten Nord-Süd-Verkehrsachsen, um mehr Gütertransporte auf die Schiene zu verlagern.

Im Vertrag von Lugano hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1996 gegenüber der Schweiz verpflichtet, die Linie zwischen Karlsruhe und Basel als Zulaufstrecke zu den Alpen-Eisenbahntunneln am Lötschberg und am Gotthard viergleisig zu erweitern. Ziel dieses Vorhabens, dessen Kosten auf vier bis fünf Milliarden Euro geschätzt werden, ist eine spürbare Verlagerung vor allem der Gütertransporte in dem zentralen europäischen Verkehrskorridor am Oberrhein von der Straße auf die Schiene. Wegen dieses Projekts tobt zwischen Offenburg und der Schweizer Grenze ein heftiger politischer Kampf: Zahlreiche Bürgerinitiativen fordern im Schulterschluss mit vielen Kommunen einen besseren Schutz vor dem Lärm, der von einer Erhöhung der Zahl der Schienentransporte ausgehen dürfte.

3. Lage in Libyen

In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Resolution des Sicherheitsrates enthält neben der Errichtung einer Flugverbotszone auch eine erneute Verschärfung der internationalen Sanktionen. Die Bundesregierung teilt die politischen Ziele der Sicherheitsratsresolution ausdrücklich. Dennoch wird sich Deutschland nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen, jedoch der NATO zusätzliche Kapazitäten für die AWACS-Aufklärungsmission für den Einsatz in Afghanistan anbieten. Dies geschieht auch mit dem Ziel, die Verbündeten für ihren Einsatz in Libyen zu entlasten. Am heutigen Freitag wurde im Bundestag über das Mandat für den Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen in Afghanistan abgestimmt. Mit diesem Mandat wird die Beteiligung von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich. Diese ist zur Regelung des in den vergangenen Jahren stark angestiegenen zivilen Luftverkehrs notwendig, aber auch zur Unterstützung von Operationen von ISAF-geführten Bodentruppen. Dabei bleibt die Obergrenze von bis zu 5.350 Soldaten in Afghanistan erhalten.

Die in den Mittelpunkt gerückte Umsetzung der Libyen-Resolution darf nicht vom Umbruch in der arabischen Welt ablenken. Wir unterstützen den demokratischen Wandel, der in Tunesien und Ägypten begonnen hat und auf weitere Länder der Region übergreift. Stabile, prosperierende und freiheitliche Gesellschaften in unserer Nachbarschaft sind in unserem ureigensten Interesse. Mit unserem Antrag „Die arabische Welt – Region im Aufbruch, Partner im Wandel“ bringen wir dieses Anliegen zum Ausdruck.

In Abstimmung mit unseren internationalen Partnern wollen wir die demokratischen Kräfte rasch, zielorientiert und partnerschaftlich fördern. Insbesondere die Europäische Nachbarschaftspolitik muss künftig stärker an der Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ausgerichtet werden.

4. Wehrrechtsänderungsgesetz und Bundesfreiwilligendienst

Vor dem Hintergrund einer veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage bedarf es einer Neuausrichtung der Bundeswehr. Das Bundeskabinett hat daher am 15. Dezember beschlossen, die Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 auszusetzen und einen freiwilligen Zivildienst einzuführen.

Dieser Entwurf des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2011 wurde heute im Plenum von einer Mehrheit der Parlamentarier angenommen. Die Bundeswehr soll demnach auf rund 185.000 Soldaten verkleinert werden, von denen bis zu 170.000 Zeit- und Berufssoldaten sein werden. Die rund 15.000 freiwilligen Wehrdienstleistenden sollen nach einem Zeitraum von zwölf Monaten auch im Ausland eingesetzt werden können.

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zu einer Aussetzung des Zivildienstes. An dessen Stelle tritt der Bundesfreiwilligendienst, der für alle Altersgruppen offen stehen wird. Im neuen Bundesfreiwilligendienst sollen bis zu 35.000 Männer und Frauen einen gemeinwohlorientierten Dienst im sozialen, ökologischen und kulturellen Sektor oder im Bereich der Integration und des Zivil- und Katastrophenschutzes leisten können. Der Einsatz wird zwischen sechs und 24 Monaten dauern, in der Regel sind zwölf Monate geplant. Darüber hinaus unterstützen die Koalitionsfraktionen die bereits bestehenden Jugendfreiwilligendienste und setzen sich für die Förderung der Freiwilligen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) sowie im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) ein. In diesem Zusammenhang soll u.a. die monatliche Förderung vereinheitlicht und auf 200 Euro angehoben werden. Die Fraktion der CDU/CSU erkennt damit an, dass Teilnehmer der sozialen Freiwilligendienste einen wertvollen Dienst an unserer Gesellschaft leisten. Die Anerkennung dieser Leistung muss sich daher auch in Vorteilen für den einzelnen Freiwilligen ausdrücken.

5. Relevantes für Mannheim und die Region

Vorplanung für neuen Bahnsteig im Hauptbahnhof Mannheim abgeschlossen

Ich freue mich, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Hauptbahnhofs Mannheim als regionalem und überregionalem ICE-Knoten eine positive Zwischenbilanz ziehen zu können. Die Deutsche Bahn Netze teilte mir auf Anfrage hin mit, dass die Vorplanung zum Bau eines neuen „Bahnsteigs F“ abgeschlossen ist und derzeit die Entwurfs- und Genehmigungsplanung durchgeführt wird. Nach aktuellem Planungsstand soll noch im März 2011 die Planfeststellung beim Eisenbahnbundesamt eingereicht werden. Die Kosten für den neuen Bahnsteig F, der verhindern soll, dass überregionale ICE- und IC-Züge dieselben Bahnsteige benutzen müssen wie die S-Bahn- und Regionalbahnzüge, was in beiden Streckennetzen immer wieder zu Verspätungen führt, wurden in der Vorplanung mit 32 Millionen Euro beziffert. Im Anschluss an die Errichtung des Bahnsteiges F ist geplant, die Fernverkehrsgleise zu verschwenken, wodurch gleichzeitige Ein- und Ausfahrten nach Norden und Süden ermöglicht werden sollen. Hier befindet man sich, wie die Deutsche Bahn mitteilte, inzwischen in der Vorplanungsphase, die bis Mitte 2012 abgeschlossen sein soll.

Lärmschutzmaßnahmen in Neuostheim

In einem Schreiben an den Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, habe ich erneut auf die hohe Bedeutung von Lärmschutzmaßnahmen entlang der östlichen Riedbahn in Mannheim-Neuostheim hingewiesen. Ferlemann teilte mir mit, dass der Einbau von Schienenstegbedämpfern bereits Ende 2010 erfolgt ist. Für deren Erprobung inklusive der Planungs- und Messkosten wurden Mittel in Höhe von 251.000 Euro freigegeben. Der Bau der Schallschutzwand werde voraussichtlich bis zum 30. August 2011 abgeschlossen, so der Staatssekretär. Für deren Erprobung seien 507.000 Euro aus dem Bundeshaushalt freigegeben.

Ich hoffe, dass die Erprobung innovativer Lärmschutzmaßnahmen entlang der östlichen Riedbahnstrecke eine spürbare Entlastung für die Bewohner in Mannheim-Neuostheim mit sich bringt. Mein Dank gilt sowohl der DB ProjektBau GmbH und den beteiligten Firmen für die schnelle Umsetzung als auch dem Bund für die unverzügliche Freigabe der Mittel.

2,4 Millionen Euro für Käfertal

Wirtschaftsminister Ernst Pfister hat Ende Februar über das baden-württembergische Programm der Städtebauförderung im Jahre 2011 entschieden. Pfister teilte mir mit, dass für die Erneuerungsmaßnahme Käfertal Zentrum insgesamt 2,4 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Der Anteil der Bundesfinanzmittel liegt bei 1.333.333 Euro. Diese Mittel stehen bis zum Jahre 2019 zum Verbrauch zur Verfügung. Ich freue mich, dass sich der Bund mit einem so großen Anteil an den Gesamtkosten zur Finanzierung der städtebaulichen Entwicklung Käfertals beteiligt. Insgesamt beläuft sich das baden-württembergische Programm der Städtebauförderung im Jahre 2011 auf 182,5 Mio. Euro. Dabei werden Bundesfinanzhilfen in Höhe von 36,8 Mio. Euro eingesetzt.

Weiterhin keine Entscheidung über Zukunft der Zollämter Mannheim und Heidelberg

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk MdB, hat mir auf meine Nachfrage hin mitgeteilt, dass noch immer keine Entscheidung über die Zukunft der Zollämter Mannheim und Heidelberg gefallen ist. Diese sollte ursprünglich noch im Jahre 2010 erfolgen. Danach sollte das Feinkonzept zur Strukturentwicklung der Bundesfinanzverwaltung vom November 2007, das vorsieht, die derzeit noch bestehenden rund 180 Binnenzollämter nach einheitlichen Kriterien zu wirtschaftlichen Betriebsgrößen zusammenzufassen, festgelegt werden. Nun soll mit der Evaluierung frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2011 begonnen werden. Staatssekretär Koschyk versicherte mir, dass die aus der Region vorgebrachten Argumente zum Erhalt der Zollämter in der Region im Rahmen der anstehenden Untersuchungen berücksichtigt werden.

32,4 Millionen Euro Bundesmittel fließen nach Mannheim

Das Volumen für neu bewilligte Projektfördevorhaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Mannheim beträgt rund 32,4 Millionen Euro. Die Förderung begann in der Regel im Herbst 2010 und läuft in den meisten Fällen bis Ende 2013. Dies teilte mir die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Anette Schavan MdB, in einem Schreiben mit. Gefördert werden auf institutioneller Ebene neben der Universität Mannheim und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) auch das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, das Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e.V. und das Institut für Deutsche Sprache. Ein besonders großer Anteil der Unterstützung der Universität Mannheim kommt der Medizinischen Fakultät zugute, die gemeinsam mit der Universität Heidelberg auf diesem Gebiet in vielen Forschungsbereichen weltweit eine Spitzenrolle einnimmt. Neben der Medizinischen Fakultät werden aber auch die Bereiche Betriebswirtschaftslehre, Sozialwissenschaften und Informatik sowie das zur Universität Mannheim gehörende Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) in ihrer Forschungsarbeit an konkreten Projekten gefördert. Unternehmen wie beispielsweise die Daimler AG oder Roche kommen ebenso in den Genuss der Bundesförderung wie die Handwerkskammer und der Verband der Bauwirtschaft Nordbaden e.V.. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass der Bund sich nachhaltig zu Mannheim bekennt.

Alle im Jahre 2010 neu bewilligten Projektfördevorhaben sind für Mannheim als wirtschaftlicher und forschungspolitischer Standort von großer Bedeutung. Besonders beeindruckend finde ich, wie breit sich der Bund in Mannheim engagiert: das Bundesforschungsministerium fördert sowohl große und kleine Unternehmen als auch die Universität, öffentliche Körperschaften, Forschungseinrichtungen und Vereine. Ich werde mich dafür einsetzen, dass auch im Jahre 2011 der Bund neue Projekte in Mannheim unterstützt, um den Standort Mannheim weiter auszubauen.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de